



Newsletter

Nr. 35/2026



Liebe Leserinnen,
Liebe Leser,

die internationale Lage hat sich in den vergangenen Tagen erneut dramatisch zugespitzt. Der Krieg im Iran und im Nahen Osten erfüllt uns mit großer Sorge – vor allem im Hinblick auf die Menschen, die unmittelbar betroffen sind, aber auch auf die vielen Reisenden, die sich derzeit in der Region aufhalten. Der Krisenstab der Bundesregierung tagt seit Beginn der Eskalation regelmäßig. Die Bundesregierung hat Unterstützung für Rückkehrer angekündigt, um ihnen eine sichere Heimkehr zu ermöglichen. Ein Sonderflug von Maskat nach Frankfurt kam bereits an, weitere Flüge sind geplant.

Zeitgleich richten wir unseren Blick auf die möglichen wirtschaftlichen Folgen, die aus der Eskalation resultieren können. Es ist derzeit völlig unklar, ob es nur zu kurzfristigen Preissteigerungen bei Sprit und Gas kommt, oder ob tatsächliche Engpässe drohen. Gemeinsam mit der SPD-Fraktion haben wir eine Taskforce eingerichtet, in der die aktuelle Lage analysiert und Handlungsoptionen koordiniert werden. Vieles hängt derzeit vom weiteren Kriegsverlauf ab – und davon, wie schnell die Straße von Hormus wieder sicher schiffbar sein wird.

Der Tod des iranischen Führers Ali Khamenei markiert einen tiefen Einschnitt. Er stand für Terror, die Bedrohung Israels, für Gewalt gegen Nachbarn und das eigene Volk sowie für die Unterstützung von Putins Krieg gegen Europa. Sein Tod eröffnet die Chance auf Veränderung – birgt aber zugleich Risiken. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung eng mit unseren europäischen Partnern abgestimmt handelt und einen klaren, verantwortungsvollen Kurs verfolgt.

Vor diesem Hintergrund kommt die Reise des Bundeskanzlers nach Washington zur richtigen Zeit. Als erster Staatschef seit der Eskalation ist Friedrich Merz zu Gast im Oval Office und führt Gespräche mit dem amerikanischen Präsidenten. Selbstbewusst, fest verankert in Europa und mit klarem Blick auf deutsche Interessen. Dabei geht es nicht nur um Sicherheitspolitik, sondern auch um unsere wirtschaftliche Stärke. Als Exportnation sind stabile internationale Beziehungen für uns kein Nebenschauplatz, sondern ein zentraler Standortfaktor. Eine starke deutsche Stimme in der Welt ist immer auch ein Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen hier bei uns.

Herzlichst

Jane Kline Warken

Anpassung der Krankenhausreform

Mit dem Krankenhausreformanpassungsgesetz schließen wir eine der größten Krankenhausreformen seit Jahrzehnten ab. Denn eines ist klar, die Strukturen können nicht so belassen werden, die Krankenhauslandschaft muss sich ändern und wird sich hiermit ändern. Mit dieser Reform bündeln wir die Kapazitäten und erreichen mehr Spezialisierung und Qualität in der stationären Versorgung. Gleichzeitig müssen sich die Menschen auf eine flächendeckende Grund- und Notfallversorgung verlassen können, ganz gleich ob auf dem Land oder in der Stadt. Das haben wir im Koalitionsvertrag vereinbart und das setzen wir jetzt um. Der Kompromiss kommt den Ländern in wichtigen Fragen entgegen, das Gesetz ist praxistauglich, gibt den Ländern realistische Fristen zur Umsetzung der Krankenhausreform und Planungssicherheit. Die Mittel aus dem Transformationsfonds stehen dabei weiterhin nur den Krankenhäusern zur Verfügung, die ihre Strukturen anpassen, daran ändert dieses Gesetz nichts.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Gebäudemodernisierungsgesetz

Das umstrittene Heizungsgesetz der Ampelregierung gehört der Vergangenheit an. CDU/CSU und SPD haben sich in der vergangenen Woche – wie angekündigt – auf eine neue, deutlich weniger bürokratische Regelung geeinigt, die den Bürgerinnen und Bürgern wieder mehr Entscheidungsfreiheit beim Heizen lässt.

Das neue Gebäudemodernisierungsgesetz soll einfacher und praxistauglicher sein als das bisherige Gebäudeenergiegesetz.

Es setzt auf größere Flexibilität und Offenheit für technologische Entwicklungen. Die Pflicht, neue Heizungen zu mindestens 65 Prozent mit erneuerbaren Energien zu betreiben, entfällt ebenso wie Betriebsverbote für Öl- und Gasheizungen. Auch die Bindung an die kommunale Wärmeplanung wird gestrichen.

Damit können Eigentümer künftig selbst bestimmen, ob und wie sie ihre Heizungsanlage erneuern. Individuelle Lösungen sind ausdrücklich möglich. Neben Wärmepumpen, Fernwärme, Hybridmodellen und Biomasseheizungen dürfen weiterhin auch Öl- und Gasheizungen installiert werden.

Um den Klimaschutz dennoch voranzubringen, wird ab 2028 eine moderate Grüngas-Quote für Öl- und Gasheizungen eingeführt, die schrittweise ansteigt. Zu diesen grünen Gasen zählen etwa Biogas oder Wasserstoff. Wer eine neue Öl- oder Gasheizung einbaut, benötigt ab 2029 einen Vertrag über einen Zehn-Prozent-Anteil an Biogas oder Bioöl – entsprechende Angebote existieren bereits heute. Der Austausch alter Heizungen gegen Wärmepumpen bleibt weiterhin förderfähig. Die staatliche Finanzierung dieser Förderung ist mindestens bis 2029 gesichert.



Bildquelle: CDU/CSU-Bundestagsfraktion



Bildquelle: Adobe Stock

Kleine Kommunen bei Wärmeplanung entlastet

Mit den Eckpunkten des Gebäudemodernisierungsgesetzes wurden auch Entlastungen bei der kommunalen Wärmeplanung für kleine Kommunen mit bis zu 15.000 Einwohnern vereinbart. Durch ein neues, vereinfachtes Verfahren schaffen wir Planungssicherheit für Bürger und Betriebe, ohne die Verwaltungen lahmzulegen. Gleichzeitig halten wir an der kommunalen Wärmeplanung als zentrales strategisches Instrument fest, das Kommunen, Bürger und Unternehmen sowie Betreiber von Energieinfrastruktur zur Orientierung über die künftige Wärmeversorgung zusammenbringt.

Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien



Bildquelle: Deutscher Bundestag, Simone Neumann

Mit der 2./3. Lesung wird das Gesetz zur Stärkung der Angebote der Jugendarbeit im Ganzttag während der Schulferien verabschiedet. Es sorgt für Rechtsklarstellungen im Rahmen der stufenweisen Einführung des Rechtsanspruchs auf Ganztagsförderung. Ziel ist, während der Schulferien neben Angeboten von Tageseinrichtungen, Schulen und deren Kooperationspartnern auch Angebote der Jugendarbeit eines öffentlichen Trägers oder eines anerkannten freien Trägers der Jugendhilfe als unmittelbar rechtsanspruchserfüllend anzuerkennen. Damit soll Ländern und Kommunen bei der Bereitstellung und Sicherstellung ausreichender rechtsanspruchserfüllender Angebote ein größerer Gestaltungsspielraum ermöglicht und gleichzeitig das Potenzial der Jugendarbeit in den Ferienzeiten ausgeschöpft werden.

Weidetiere werden besser vor Wölfen geschützt



Bildquelle: CDU Deutschland

Der Bundestag hat am Donnerstag das Bundesjagdgesetz so angepasst, dass künftig auch die Bejagung von Wölfen möglich ist. Klare Regeln dafür sind dringend notwendig, denn mit dem starken Anwachsen der Wolfspopulation in den vergangenen Jahren hat auch die Zahl der gerissenen Weidetiere zugenommen – vor allem Schafe und Ziegen, aber zunehmend auch Rinder und Pferde.

Die Weidetierhaltung ist die tierwohlfreundlichste Form der Nutztierhaltung und spielt eine zentrale Rolle für den Erhalt unserer artenreichen Kulturlandschaft. Herdenschutzmaßnahmen wie Zäune und Hütehunde bleiben weiterhin ein wichtiger Bestandteil des Schutzes. Gleichzeitig sind Wölfe eine heimische Tierart, die auch künftig in Deutschland ihren Platz haben soll.

Mit der Gesetzesänderung schaffen wir einen fairen Ausgleich zwischen den Interessen der Weidetierhaltung und dem Schutz des Wolfs. So stärken wir die gesellschaftliche Akzeptanz für den Artenschutz und tragen dazu bei, die Konflikte rund um den Wolf im ländlichen Raum zu entschärfen.

Der Digitalpakt 2.0 steht: Wichtiges Signal für Schulen und Schulträger



Bildquelle: CDU Deutschland

Gute Bildung ist die Grundlage für künftigen Wohlstand. Umso wichtiger ist es gerade in einer sich so rasant verändernden Welt mit dem Fortschritt zu gehen. Mit dem Digitalpakt Schule 2019-2024 konnte der erste Meilenstein zur digitalen Transformation von Schulen gesetzt werden. Jetzt gilt es diese Erfolge auszubauen und dauerhaft zu sichern.

Hierfür haben Bund und Länder innerhalb weniger Monate Ende vergangenen Jahres den Digitalpakt 2.0. erarbeitet. Die digitale Infrastruktur soll weiterentwickelt und digitales Lehren und Lernen pädagogisch vermittelt werden. Es gilt bürokratische Prozesse weiter abzubauen und länderübergreifend zusammenzuarbeiten. Über einen Zeitraum von fünf Jahren werden insgesamt fünf Milliarden Euro investiert.

Der Digitalpakt 2.0. ist damit nicht nur ein Förderprogramm. Er steht für ein gemeinsames Bekenntnis zu moderner Bildung, starken Schulen und einem kooperativen Föderalismus.

Gesundheitsforum Buchen

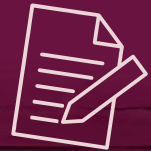


Am vergangenen Samstag öffnete das Gesundheitsforum Buchen in der Stadthalle Buchen erneut seine Türen und lud viele Interessierte zu einem spannenden und informativen Tag rund um das Thema Gesundheit ein. Mit einem abwechslungsreichen Programm aus Fachvorträgen und einer Messe zog das Forum auch in diesem Jahr zahlreiche Besucher an. Ich habe mich sehr über den Austausch mit den engagierten Ausstellern gefreut, der einmal mehr gezeigt hat, wie stark und vielfältig das Gesundheitswesen in der Region aufgestellt ist. Bei meinem anschließenden Vortrag habe ich mich mit den Besuchern über aktuelle Themen ausgetauscht.

Bildquelle: Büro Warken

#Zahl der Woche

2 Kilometer



Bundesministerium für Gesundheit

Paul-Löbe-Haus



sind es ungefähr vom Bundesministerium für Gesundheit in der Mauerstraße bis zu meinem Abgeordnetenbüro im Paul-Löbe-Haus. Gerade in Sitzungswochen lege ich diese Wegstrecke teils mehrmals täglich zurück, um mich mit meinen Büros abzustimmen, an Abstimmungen teilzunehmen oder Plenarreden zu halten.

Fotogalerie



Bildquelle: Büro Warken

Mit meiner Praktikantin kurz vor Beginn der Fraktionssitzung



Bildquelle: Büro Warken

Austausch zur Zukunft der Gesundheitsversorgung in Buchen



Bildquelle: Büro Warken

Im Gespräch mit Apothekern der Region

IMPRESSUM